

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Veranlagungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Preis- und Geschäftsbedingungen werden nicht angeschlossen. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Mittelstr. 38-42, Telefon-Nr. 83, 83 u. 93. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bergbau.

Brauchen wir Unternehmer?

In der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien vor Monaten ein Aufsatz, in welchem die Beantwortung obiger Frage versucht wurde. Man kann nicht sagen, daß der Schreiber mit aller Gründlichkeit diese Frage unterucht hätte, und wer die Organisation und den Charakter des Grubenkapitals kennt, staunt über die so leichtfertig erfolgte Beantwortung dieser Frage: „Ja, wir brauchen sie (die Unternehmer d. B.) mehr denn je.“ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in der Entschließung, welche in der Berliner Ausschußsitzung am 19. und 20. Januar d. J. angenommen wurde, von der Reichsregierung „die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues“. Es heißt in dieser Entschließung: „Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.“ Wenn nun ein von demselben Bund herausgegebenes Organ die Betriebsräte gegenteilig belehrt, so ist dies ein Vorgehen, welches zu Verwirrungen beitragen muß. Dies ist jedoch nicht die Ursache, weshalb hier darüber geschrieben wird, sondern die Tatsache, daß die Unternehmerpresse mit solchen Neußerungen ihre Position zu stärken und die Notwendigkeit der naturwidrigen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung nachzuweisen versucht, zwingt uns dazu. Gewiß können über die Wege zur Gemeinwirtschaft Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein, wenn die Diskussion jedoch so weit führt, daß der Gedanke an sich darunter leidet, dann wird es Zeit, daß man sich befinnt.

Die Diskussion über die Sozialisierung hat es nun schon so weit gebracht, daß ein Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaft — L. Baare — in Nr. 27 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ sich wundert, warum denn überhaupt noch über die Sozialisierung geredet wird, nachdem „einseitige Führer und Theoretiker der Sozialdemokratie längst und laut genug erklärt haben, daß man heute an solche gefährliche Experimente, wie die Sozialisierung, nicht denken darf“. Immer noch Sozialisierung? fragt Baare und legt einen solchen hindisch-naiven Ton in seine Ausführungen, daß der Befangene den Anschein gewinnen muß, als sei die Sozialisierung nur noch aller Krampf. Zur Abklärung sei diesen Leuten jedoch gesagt, daß jene „einseitigen Führer und Theoretiker“ zum weit größten Teil mit der Arbeiterbewegung gar nichts zu tun und sich selbst außerhalb gestellt haben. Die Anbeter des goldenen Kalbes mögen diese, wie a. a. O. Ungar und dergl. m., ruhig zu den übrigen zählen.

Unter der gleichen Überschrift „Brauchen wir Unternehmer“ schreibt Syndikus Dr. W. Wagner in Nr. 26 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ und versucht, die in der „Betriebsrätezeitung“ gebotenen Chancen zugunsten der Unternehmer auszunutzen. Unter ausdrücklichem Hinweis auf den Charakter der Betriebsrätezeitung sagt er: „Es ist beachtenswert, daß hier von einer Stelle, der sonst die Sozialisierung nicht schnell genug gehen kann, die Vorzugstellung des freien Unternehmers in so treffender Weise gegenüber den reinen Verwaltungsbetrieben geschildert wird.“ Dadurch soll der Anschein erweckt werden, als vertritt der DGB diese Ansicht. Dazu ist zu sagen, daß es sich hier nur um die Ansicht des Verfassers — Dr. Alfred Striemer — handelt, welcher seinen Aufsatz nicht nur in der Betriebsrätezeitung veröffentlichte, sondern diesen auch die DGB. verbreiten ließ. In Bergarbeiterkreisen dürfte er auch nicht einen einzigen Menschen finden, der sich mit dieser Ansicht einverstanden erklärt. Weil die Werkpresse jedoch immerzu ihren Sarg daraus jagt, wollen wir kurz auf den Striemerschen Aufsatz eingehen.

Die Vorzüge der Unternehmerbetriebe gegenüber den Verwaltungsbetrieben schildert Striemer sinngemäß folgendermaßen: Die Unternehmerbetriebe sind erfolgreicher, „weil sie schnell zuzufassen und handeln können“. Die Folge ist, daß überall dort, wo Unternehmer wirken, das Wirtschaftsleben in ideenreichem Spiel sprudelt, wo Verwaltungen arbeiten, die Geschäfte in ruhigem, gleichmäßigem Fluß sich abwickeln.“ Die Naturkräfte werden am besten ausgenutzt, wenn möglichst viel Menschen über materielle Mittel zu ihrer Ausnutzung verfügen und ein selbstverantwortlicher Unternehmer arbeitet mit „erheblich geringeren Verwaltungskosten als eine Behörde“. In Unternehmerbetrieben sind „Anpassungsmöglichkeiten an die Individualität in viel höherem Maße gegeben“. Das Privateigentum ist auch ein Schutz gegen das verfallende Wirtschaften aus dem „großen Loh“, der Gemeineigentum ist.“ Der Arbeiter hält sein eigenes Werkzeug besser als das gestiefelte.“ Viele andere wichtige Vorteile sprechen für den Unternehmerbetrieb, kamentlich den mittleren Umfanges, den der Unternehmer selbst übersehen kann.“ Auf die Einwendungen gegen den Unternehmerbetrieb eingehend, sagt Striemer, daß durch das sparsamere Wirtschaften derselben „eine höchst verwerfliche Wirtschaft durch das freie Spiel der Kräfte, durch Ueberfüllung, durch ungehinderten Zugang neuer Unternehmung über den Bedarf“, entstehen kann. Eine planmäßige Gütererzeugung verbilligt die Produktion durch Spezialisierung, Normierung,

Transportersparnisse usw. Nun sei aber aus diesen Gründen keine Sozialisierung notwendig, da auch die Unternehmer begonnen haben, „auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit planmäßige Produktion zu treiben“ und sich „an die Forderung der sozialistischen Wirtschaftsweise“ anzupassen. Der Sozialist soll sich nicht der Einzelmensch auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, jedoch erfolgt auf dem Wege der organischen Fortentwicklung eine Sozialisierung des Unternehmers, die mit dem Aufbau der Betriebsdemokratie durch das Betriebsrätegesetz“ usw. ihren Anfang genommen hat. Zum Schluß sagt Striemer, daß am Vorabend eines riesigen Umstellungs- und Anpassungsprozesses den Unternehmern die Aufgabe zufällt, „die Form der Wirtschaft zu suchen, die am ehesten die ungeheure Last der Wiedergutmachung zu tragen können“. Wenn wir uns die Frage stellen: Brauchen wir Unternehmer? so antworten wir: Ja, wir brauchen sie mehr denn je.“ Die Unternehmer sollen das Meisterstück ablegen und die von den Begnern gestellte Aufgabe — die phantastischen Milliardenziffern — lösen. Wir werden sehen, ob das Unternehmertum die Aufgabe lösen oder zusammenbrechen wird.“ Das ist der wesentliche Inhalt des Striemerschen Aufsatzes.

Wir glauben, daß wenige Sätze genügen werden, um Striemer vom Gegenteil zu überzeugen. Nebenher sei gesagt, daß wir uns einen „sozialisierten Unternehmer“ nicht recht ausmalen können. Die Arbeiterzeitung versteht darunter einen „sozial denkenden Unternehmer“ und gibt Striemer Recht. Im übrigen hat Striemer seine Vergleiche nur zu sehr auf die heute bestehenden „Verwaltungsbetriebe“ eingestellt, deren heutige Form ebenfalls eine Aenderung erfordert und diese auch gefordert wird. Die Ausdrucksweise ist eine andere, sinngemäß verfallt er jedoch in das nämliche Geleise der Unternehmerverfechter, welche zu ihrer Verteidigung auf die Post und Eisenbahn verweisen; Hinweis über die man wirklich gar nicht mehr redet. Der Hinweis auf Unternehmerbetriebe „mittleren Umfanges“ hat etwas für sich, was hat dies jedoch mit den großen Betrieben der Schwerindustrie zu tun? Noch viel unverständlicher ist die Anweisung der „Anpassungsmöglichkeit an die Individualität“ in der Gemeinwirtschaft. Soll denn dort nicht die Möglichkeit gegeben sein, der Intelligenz, der Wissenschaft, noch freiere Bahnen zu schaffen als in dem engen Gehäuse des Privatbetriebes? Kann ferner in der Gemeinwirtschaft nicht die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Arbeiter auf „sein“ Werkzeug achtet und das Wirtschaften aus dem „großen Loh“ vernünftig geregelt werden? Die gemachten Einwendungen hiergegen sind nicht tiefgründig und keine Aufgabe ist leichter zu lösen als diese. Selbst die „heutigen“ Verwaltungsbetriebe sind in der Lage, mindestens ebenso gut zu wirtschaften, wie die privaten Betriebe. Im Bericht der Kommission zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke heißt es, daß die Leistungen der Arbeiter und Angestellten bei den Staatswerken hinter den Leistungen der Privatindustrie nicht zurückstehen.

Wir dürfen nicht unsere Wirtschaft in die Hände unserer Unternehmer legen, um zuzusehen, ob diese „die Aufgabe lösen oder zusammenbrechen“. Gewiß werden diese „ihre Aufgabe“ lösen, „ihre“ Betriebe hochbringen auf Kosten der Allgemeinheit. Nur ein naiver Mensch kann glauben, daß der Individualist seine Kalkulation auf das Wohlergehen der Allgemeinheit einstellt. Wer den „Sprudel eines ideenreichen Spiels“ kapitalistischer Initiativegeistes sehen will, der betrachte sich nur unsere Kali- und Erzindustrie; die Augen laufen ihm über bei diesem Sprudel der Geldsüchler. Nicht einmal bei normalem Gang der Dinge kann die privatkapitalistische Wirtschaft sich den Verhältnissen anpassen und wird uns auch in der Zukunft in periodische Krisen bringen, unter welchen die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat und die Volksgesundheit untergraben wird. Rücksichtslos geschieht dieses, denn der Bestehende kennt keine Not, keinen Hunger.

Neben diesen Dingen muß man die privatkapitalistische Wirtschaft auch von der politischen Seite nehmen. Durch die Verkrustung und Monopolisierung ganzer Industriezweige gewinnt die Schwerindustrie eine gefährliche, politische Macht, die wir nicht auf unser Gewissen laden können. Beachtenswert ist, was unser Kamerad Gue auf dem Siebener Verbandstag darüber gesagt hat. Im übrigen spielt der „ideenreiche“ Initiativegeist der Schwerindustrie heute eine solch klägliche Rolle, die wirklich beschämend ist. Während die Kapitalisten in der Kriegszeit auf Kosten der Allgemeinheit Riesenerlöse einheimsten, die Wirtschaft ruinierten, besteht ihre Kunst heute darin, sich die Preise durch die Reichsregierung erhöhen zu lassen — ein Kunststück, für welches wir keine „Unternehmer“ brauchen.

Nein, wir brauchen keine Unternehmer, Leute, welche eine von den Rammontisten anerkannte und gepriesene Wirtschaftspolitik treiben, können erleben, daß sie bei einer Rückschau sich alle, von den Arbeitermassen verlassen, finden. Dann werden sie wohl den Arbeitsschütteln und sich über den „Ueberstand der Massen“ wundern.

Folgen der Aufhebung der Binnungsverkehrskontrolle für Brotgetreide und sind jene Preise, die sich für die Aufhebung eingefest haben, verpflichtet, jetzt auch für einen angemessenen Lohnausgleich einzutreten.

Wir werden gar bald sehen, wie weit jene Preise dazwischen zu gehen. Sind uns doch Genitumsminister bekannt, die allen Ernstes einen weiteren Lohnaufstieg trotz der Feuerung nicht anerkennen wollen. Sie werden auf den festesten Widerstand der Bergarbeiter und deren Organisationen stoßen. Am Freitag, den 19. August, wird der erste Verhandlungstag

einer Entscheidung kommen werden. Je nachdem diese ausfallen, werden die am Bergbau beteiligten Arbeiterorganisationen dazu Stellung nehmen und ihre Entscheidungen fällen.

Das aber mögen sich beide merken, Arbeitgeber und Regierung, die Bergarbeiter müssen in allen Revieren eine Lohn-erhöhung haben in anbeacht der gesteigerten Preise.

Sie wollen das Glend nicht leben.

Eingaben über Eingaben haben wir an die Regierung gerichtet mit der Aufforderung, endlich eine Verordnung zum § 180 der RVO. herauszugeben, um durch Erhöhung des Grundlohnes zur Festsetzung höherer Krankengelder schreiten zu können. Am 1. April vergangenen Jahres hätte auch die Regierung mit Zustimmung des sechsten Wirtschaftsausschusses und des Reichsrats eine Verordnung erlassen, die mit der Verkündung Gesetzeskraft erhielt. Sie lautete:

„Der § 180 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Die baren Leistungen der Rassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solchen bestimmt die Satzung entweder den durchschnittlichen Tagesentgelt der Mitglieder oder den tatsächlichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten. Den durchschnittlichen Tagesentgelt kann sie nach denjenigen Klassen von Versicherten, für welche die Rasse errichtet ist, oder stufenweise nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten festsetzen.

Die Festsetzung nach dem durchschnittlichen Tagesentgelt bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamtes (Beschlußammer).

Für freiwillig Beitretende, für die sich hiernach kein Grundlohn ermitteln läßt, bestimmt ihn die Satzung.“

Sofort nach Erlass dieser Verordnung fand eine Sitzung im Bochumer RW. statt, wo sich die Werkvertreter bereit erklärten, der Verordnung gemäß der Erhöhung des Grundlohnes in der höchsten Klasse auf 50 Mk. zuzustimmen. Dadurch wäre das Krankengeld für Ledige auf 90 Mk. heraufgesetzt worden. Verheiratete würden pro Kind 2,50 Mk. mehr erhalten haben, so daß bei drei Kindern 37,50 Mk. Krankengeld herauskam oder 75 Prozent des Grundlohnes von 50 Mk.

Unsere Kameraden waren erfreut darüber, daß endlich ein Krankengeld gezahlt werden sollte, bei dem die Krankentenden mit ihren Familien wenigstens nicht mehr direkt Hunger zu leiden brauchten.

Die Freude war aber zu früh. Man hatte die reaktionären bürgerlichen Parteigänger vergessen, die nicht begreifen können und wollen, daß auch der fränke Arbeiter und seine Familie leben will. Diese waren mit der fortschrittlichen Verordnung nicht einverstanden. Sie gingen ja ins Bad, wenn sie erkrankten, dort fehlte es ihnen auch nicht an Brotchen und kräftigen Speisen, was brauchte der Arbeiter so anspruchsvoll zu sein, auch leben zu wollen, wenn er krank feierte, der kapitalistischen Gesellschaft, also keine Gewinne brachte. Nicht Unternehmer waren es, die dem Arbeiter das höhere Krankengeld nicht gönnten, nein, Leute von echt christlichem Schlage ließen sich dazu gebrauchen, den Antrag des „Demokraten“ Parität mit zu unterschreiben und die Regierung zu zwingen, ihre Verordnung zurückzuziehen und die Erhöhung des Krankengeldes zu bereiteln.

Der Antrag Bartshat, der am 21. April 1920 in der Nationalversammlung eingebracht wurde und der auch trotz des schärfsten Widerstandes der sozialdemokratischen Parteien Annahme fand, lautete:

„Bartshat und Genossen. Die Nationalversammlung wolle beschließen: die auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (RGBl. S. 394) vom 6. Ausschuss am 31. März 1920 beschlossene Verordnung über die Herabsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung aufzuheben und die Regierung aufzufordern, alsbald den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen.“

Berlin, den 21. April 1920.

Bartshat (Demokrat), Andre (Zentrum), Trimbom (Zentrum), Dr. Brauns (Zentrum), Dr. Beder, Hessen (D. Dpt), Weinsäusen (Dnt.).“

Es war wieder einmal gelungen, Maßnahmen der Regierung, die für die Arbeiterkraft Gutes brachten, durch die Annahme dieses Antrages zu vereiteln. Sogar Herr Dr. Brauns, heute wohlbestallter Reichsarbeitsminister, ließ sich damals dazu herbei, den Antrag mit zu unterzeichnen. Er war also auch ein Gegner der Regierungsverordnung und nicht dafür zu haben, daß mehr wie 22,50 Mk. täglich an Krankengeld gezahlt werde. Wir glauben kaum, daß er und seine Kollegen, selbst ohne Mitglieder, bei Krankheit mit dieser Summe auskommen. Man braucht sich aber auch nicht mehr darüber zu wundern, daß heute, wo Herr Brauns Arbeitsminister ist, vergebens auf eine Verordnung zur Erhöhung des Krankengeldes gewartet wird. Deshalb war man damals gegen die Regierungsverordnung, weshalb wurde der Antrag Bartshat gestellt, so fragen unsere kameraden. Auch wir fragten so und suchten in dem fenolographischen Bericht nach den Ursachen, die für die Antragsteller Bartshat und Genossen maßgebend waren, den Arbeitern ein höheres Krankengeld zu ermöglichen. Da finden wir, daß der Abgeordnete Franz Wehrens, der in der Nationalversammlung, trotzdem er lange im Gewerksverein (Krißl) der Bergarbeiter eine große Rolle spielte, sich nicht entblödete, seine Stellungnahme unter anderem mit folgenden Worten „Arbeiterfreundlichen“ Tiraden zu begründen:

„Über man darf nicht durch die Befähigung der gesetzlichen Bestimmungen geradezu einen Krieg dazu geben, die Rassenleistungen auszubedenken. Die Verordnung, die vor einigen Tagen vom 6. Ausschuss verabschiedet worden ist und die die Antragsteller, zu denen auch meine Freunde gehören, außer Kraft zu setzen beabsichtigen, ist im Ausschuss eine Befähigung erlangt, die die Rassenleistungen sehr ernstlich bedroht und die Stimulierung und die ungeliebte Konkurrenz

Zur Lohnfrage im Bergbau.

Am Freitag, den 29. Juli, fand in Berlin eine aus allen deutschen Bergbaurevieren von den vier Bergarbeiterverbänden besuchte Konferenz statt. Eingehend wurde die Lage in den einzelnen Bergbauarten und Revieren beraten und einstimmig beschlossen, eine Lohnbewegung für den gesamten Bergbau einzuleiten. Die Ursachen hierzu sind in der seit länger Zeit eingeleiteten sprunghaftem Lohnerhöhung für Lebensmittel und Bedarfs-

Herr Feder aus Arnberg, Zentrumsmann und Freund der christlichen Gewerkschaften, glaubte...

Herr Feder meinte, dass Herr Feder darin bei, dass ein unheilbarer Zustand ist, dass der 8. Ausschuss...

Mollenbühr, der alte Kämpfer und Sozialist, verteidigte die Regierungsverordnung und wandte sich mit folgenden Ausführungen gegen die Kartellkammer:

Ich muß sagen: Ich hätte nicht erwartet, daß irgendein Bedenken dagegen geltend gemacht wird, daß man bei der Reichsversicherungsordnung...

Auch die Familie, in der der Erkrankte erkrankt ist, erhält immer nur einen so geringen Bruchteil von dem entgangenen Lohn, daß sie ganz außerstande ist, sich zu erhalten...

Aber die Herren, die sonst von Worten der Barmherzigkeit überflossen, ließen die Worte Mollenbührs zu dem einen Ohre herein, zum anderen heraus...

Im Herbst 1920 wandten wir uns nochmals, aber vergebens, an die Regierung, um Erhöhung des Grundlohnes zur Verrechnung des Krankengeldes...

Mittlerweile hat der Preis der verschiedenen Lebensmittelprodukte weiter angezogen, Lohnerhöhungen sind erfolgt...

Doch die übrige Arbeiterchaft wird nicht geduldig zusehen, ihre Brüder vom Sensenmann dahingemäht werden, das mügen sich die Kartellkammer merken...

Alle Kräfte aber, die es gut meinen mit der Arbeiterchaft, vor allem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Abgeordneten, welche gewählt wurden von der arbeitenden Bevölkerung...

Der Verbandsvorstand wandte sich an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, dieser möge als Vertreter der freigewerkschaftlichen Organisationen...

Wir erhielten darauf folgende Antwort: „Auf Ihr Schreiben vom 23. Juli erwidern wir, daß wir eine Eingabe an das Arbeitsministerium machen werden, um zu bewirken, daß der Grundlohn erhöht wird.“

An der Arbeiterschaft liegt es nun, überall in ihren Versammlungen und Konferenzen, den einheitlichen Willen kundzutun, daß unbedingt eine Erhöhung des Grundlohnes...

Soziales Recht - Arbeiterversicherung

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

Der Verdienst für Ueberarbeitszeit nicht mehr abzugestrichelt. Er wird dem gewöhnlichen Lohn gleich behandelt.

Der Abzug von 150 M. für jeden wöchentlichen Anzeigebogen gilt ebenfalls schon ab 1. April...

Der Aufschlagbetrag von 15 M. monatlich für Werbungskosten (z. B. Kosten der Arbeitskleidung, Fahrgehalt zur Arbeit, etc.)...

Die Vollstreckung, wonach die Arbeiter anstandslos in die Haft genommen werden, ist nicht schon jetzt sondern erst ab 1. Januar 1922...

Die Vollstreckung, wonach die Arbeiter anstandslos in die Haft genommen werden, ist nicht schon jetzt sondern erst ab 1. Januar 1922...

Nachrichten aus der Montanindustrie

Kohlenförderung in Deutschland

In den deutschen Revieren, ohne Saar-Pfalz, hat im 1. Halbjahr 1921 die Steinkohlenförderung fast 61 Mill. Tonnen betragen.

Table with 6 columns: Month, Steinkohlen, Braunkohlen, Holz, Gas, and other metrics.

Die Braunkohlenförderung ist bedeutend über die im letzten Friedensjahr erreichte Menge hinaus gestiegen.

Entwicklung der Stein- und Braunkohlenförderung

Da die Gewinnung von Braunkohlen, technisch viel leichter ist, als die der Steinkohle, und darum neue Anlagen dort schneller betriebsfertig werden...

Table with 4 columns: Year, Braunkohle, Steinkohle, and Braunkohle und Steinkohle ges.

Sterblich ist zu beachten, daß in den Ziffern für 1919 und 1920 die französische Steinkohlenförderung nicht mehr enthalten ist.

Abgabe in der Rastindustrie

Table with 4 columns: Year, K2O, K2O, and K2O.

Namentlich der Auslandsabsatz ist bedeutend zurückgegangen. Aber auch die einheimischen Konkurrenzwerke wissen nicht mehr wozu mit ihrer Produktion.

Schlußwort aus der Rastwirtschaft

Es ist nicht mehr unbekannt, daß die Rastindustrie im vergangenen und in diesem Jahre mit gewaltigen Absatzrückgängen zu kämpfen hat.

In einem am 27. April 1920 an die Handelszeitung des Berliner Tageblattes gerichteten Schreiben des Rastindustrials hieß es unter anderem: Bei ihrem Abgange im ersten Vierteljahr 1920 hat die Rastindustrie ein Drittel des Rechnungsertrages verloren.

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

also heute, im Gegensatz zu ihrer vorjährigen Darstellung die Lage ganz anders dar.

Die Veranschaulichung des Rastindustrials bedeutet also eine unglückliche Verführung der öffentlichen Meinung, aus der die beabsichtigte materielle Vorteile zu schlagen.

Damit steht also fest, daß die Rastindustrie die ganz gewaltigen Exportgewinne reslos in ihre Tasche gesteckt haben.

In kommenden Jahren erlebt man wohl, daß alle Berichte des Rastindustrials tendenziös gefälscht werden.

Der durchschnittliche Wert der Rastindustrie im Jahre 1920 betrug 7 Millionen Tonnen.

Die Bergwerksindustrie Luxemburgs

hat auch schwer unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden. Eingeklemmt zwischen drei größeren industriellen Konkurrenzstaaten...

Der Braunkohleertrag

gehört hauptsächlich auf Deutschland um. 1920 wurden 2 808 865 Tonnen gewonnen, 800 000 Tonnen mehr als vorjährig.

Die Bergwerksindustrie Luxemburgs

hat auch schwer unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden. Eingeklemmt zwischen drei größeren industriellen Konkurrenzstaaten...

Aus der Tarifvertragspraxis

Tarifbruch auf Mont Genis

Diese Musterprobe der guten Ordnung, schwindet nicht aus unserer Zeitung. Schon vor dem größten Unglück haben wir uns oft damit beschäftigt...

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

Wann das neue Unfallgesetz

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Unfallgesetz in Nr. 33 unserer Zeitung...

Von den Betriebsräten.

Ergebnis der Betriebsräte-Wahlen im Ruhrgebiet.

Der Bechenderverband im Ruhrgebiet hat eine Statistik über die am 15. Juni stattgefundenen Betriebsräte-Wahlen aufgestellt. Sie läßt uns über alle Dingen erkennen, in welcher intensiver Weise die Berufstätigen der Bergarbeiter-Gewerkschaft betriebl. worden sind. Unter dem Vorwand, die Bergarbeiter zu "einigen", haben die angelegten "Mittel" neue Sonderorganisationen geschaffen. Nicht weniger als 6 (sechs) kommunistische und syndikalistische Sondergruppen sind entstanden, die eine prellt sich noch mehr als die andere als "Welt-heimland" an. Das Resultat aber ist eine traurige Bergarbeiterzerstückelung, wie sie in keinem anderen Berufe zu verzeichnen ist. Dieser zerstückelten Arbeiter-Gewerkschaft steht ein einziger Unternehmer gegenüber. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß von den Bechenden immer mehr Klagen kommen über das Wiederanstreben des kapitalistischen Zerstückelungsprozesses.

Nach der Zählung des Bechenderverbandes verteilen sich die Betriebsräte wie folgt:

Betriebsrat	Betriebsrat		Arbeitererrat		Betriebs- ausschuss	
	Mitgl.-Zahl	von d. Ges.	Mitgl.-Zahl	von d. Ges.	Mitgl.-Zahl	von d. Ges.
1. Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund	1258	45,97	1350	44,90	437	56,38
davon Verband der Bergarbeiter Deutschlands	1146	42,79	1266	42,11	418	48,65
Deutscher Bauarbeiterverband	3	0,11	3	0,10	—	—
Verband der Hütten u. Hüttenarbeiter	1	0,04	1	0,03	—	—
Deutscher Holzarbeiterverband	3	0,11	5	0,17	—	—
Deutscher Transportarbeiterverband	1	0,04	1	0,03	—	—
Deutscher Polsterverband	1	0,04	—	—	—	—
Deutscher Metallarbeiterverband	47	1,76	50	1,66	16	1,86
Feiger- und Maschinenlenkerverband	21	0,78	24	0,80	3	0,35
2. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands	459	17,14	516	17,16	182	15,37
davon Gewerkschaft christl. Bergarbeiter Deutschlands	445	16,93	494	16,48	180	15,13
Deutscher Hüttenarbeiterverband	1	0,04	1	0,03	—	—
Zentralverband christlicher Holzarbeiter	3	0,11	3	0,10	1	0,12
Christlicher Metallarbeiterverband	10	0,37	18	0,60	1	0,12
3. Verband der deutschen Gewerkschaften	18	0,67	28	0,93	4	0,47
davon Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter	16	0,60	26	0,86	4	0,47
Gewerkschaft der deutsch. Bauhandwerker	2	0,07	2	0,07	—	—
4. Wirtschaftsjournalistische Arbeiterverbände	—	—	1	0,03	—	—
davon Deutscher Bergarbeiterverband	—	—	1	0,03	—	—
5. Syndikalistische und kommunistische Arbeiterverbände	840	31,74	960	31,93	260	30,27
davon Freie Arbeiter-Union	91	3,40	91	3,03	28	3,28
Föderation der Bergarbeiter	18	0,68	18	0,60	4	0,47
Allgemeine Bergarbeiter-Union	790	27,96	833	27,71	220	25,61
Freie Arbeiterbewegung	4	0,15	4	0,13	3	0,35
Freie Bergarbeiter-Organisation	1	0,04	1	0,03	—	—
Ver. kommunistische Partei Deutschlands	11	0,41	13	0,43	6	0,68
6. Selbständige Arbeiterverbände	118	4,41	133	4,59	23	2,68
davon Polnische Berufsvereinigungen	118	4,41	133	4,59	23	2,68
7. Verschiedene Verbände	8	0,31	8	0,26	—	—
davon Vereinigte Berufsverbände	—	—	1	0,03	—	—
Verband der Weidhüter	1	0,04	1	0,03	—	—
Hüttenverband der Privat-Eisenbahner	2	0,07	3	0,10	—	—
8. Keiner Verbände angehörig	4	0,15	2	0,07	1	0,12
9. Verband unbekannt	8	0,31	7	0,23	2	0,23
Zusammen	2878	100	3007	100	859	100

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Betriebsratsmitglieder somit von 2500 auf 2878 gestiegen (7,04 Prozent), die der Arbeiterräte von 2921 auf 3007 (6,59 Prozent), während die Mitgliederzahl der Betriebsausschüsse um 86 (von 773 auf 859) oder um 11,18 Prozent stieg. Die freien Gewerkschaften, das Ziel der beständigen Bekämpfung von allen Seiten, vermochten doch die weitaus größte Zahl der Mandate zu erobern. Unser Bergarbeiterverband marschiert an der Spitze. Die christlichen Gewerkschaften aber sind von den Unionisten schon weit überholt. Auch die gelben Wirtschaftsjournalisten haben sich wieder bemerkbar gemacht. Von den 547 Angehörigen der Betriebsräten haben die freigewerkschaftlichen Afa-Verbände 331, oder 60,51 Prozent erobert. Die zweitstärkste Gruppe stellt der Verband der kaufmännischen Grubenbeamten.

Mülheimer Bergwerksverein und sein Betriebsrat.

Die einzelnen Betriebsräte der Schachtanlagen des RWB. haben zur besseren Wahrung ihrer Interessen seit Jahresfrist einen Gesamt-Betriebsrat errichtet. Dieser Körper hat sich absolut keine Sorgen um die Interessen der Arbeiter gemacht. Die Verwaltung ist unermüdlich bestrebt, die ihr so unangenehme Einrichtung zu sabotieren und sie in ihrer Tätigkeit lahm zu legen. In den Sitzungen nimmt sie nur dann teil, wenn dieselben von ihr gewünscht sind. In anderen Fällen erscheint, trotz rechtzeitiger Einladung von 8-10 Tagen Frist, kein Vertreter der Verwaltung. Unter den wichtigsten Vorwänden versucht sie die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit zu hindern. Hierbei kommen ihr die unklaren Bestimmungen des RWB. sehr gut zuakommen, und sie weiß dieselben auch stets zu ihren Gunsten auszulegen und auszunutzen. Aber auch die klaren Bestimmungen des Gesetzes und die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft vereinbarten Richtlinien werden höhnisch belächelt und geschwänzt, wenn es gilt, dem einen oder dem anderen Betriebsrat etwas am Hals zu fassen. In den letzten Monaten richtete sich der Kampf des RWB. vor allen Dingen gegen den ersten Vorsitzenden des Gesamt-Betriebsrates Josef Oberheit. Oberheit ist ein Mann, der seit ca. 30 Jahren praktische Bergarbeiterrichtigkeit und solange er Bergarbeiter ist, auch im Vordergrund der Arbeiterbewegung gestanden hat. Die Schikanen und Niederträchtigkeiten, die sich der RWB. gegen den Kameraden Oberheit erlaubt, sind geradezu beispiellos und man braucht sich gar nicht zu wundern, wenn eines Tages mal auf Gegenbesuch die Dinge zum Platzen kommen. Oberheit, dessen Frau 1916 starb, hat kein mit seinen Kindern bzw. erwachsenen Töchtern seinen Hausstand weitergeführt (O. hat sieben Kinder). Im Herbst 1920 heiratete er eine Witwe, von welcher er sich nach mehreren Monaten wieder trennte. Die Gründe interessieren die Öffentlichkeit weiter nicht, desto mehr interessiert sie aber der RWB. für Oberheit und seine Familienverhältnisse. Seitdem er sich wieder von der zweiten Frau getrennt hat, wurden ihm das Hausgeld und die Deputatlohn entzogen. Damit gibt sich der RWB. noch nicht zufrieden. Im Juni wurden Oberheit alle Schichten gestrichen. O. war Wahlvorstand bei der Betriebsratswahl. Er mußte als solcher die Wahlkreise aufstellen und auf ihre Richtigkeit hin nachprüfen. In der Wahlordnung ist im § 5 ausdrücklich festgelegt, daß das eine Pflicht des Wahlvorstandes ist und im § 7 wird bestimmt, daß dabei eine Entscheidung des Wahlvorstandes nicht entstehen darf. Aber das hört der RWB. nicht. Jetzt wird ihm mitgeteilt, daß ihm für den Monat Juli wieder acht Schichten gestrichen werden, und zwar mit folgender Begründung. Fünf Schichten der 5 Schichten des Gesamt-Betriebsrates; eine Schicht, während welcher O. eine Wohnungsbesichtigung vorgenommen hatte; eine Schicht, an welcher er an einer Bergschadenskontrolle teilgenommen hatte und eine Schicht für die Erledigung der schriftlichen Arbeiten des Gesamt-Betriebsrates. Auch den vier andern Mitgliedern des Gesamt-Betriebsrates wurde angekündigt, daß ihnen die Schichten gestrichen würden gemäß Ziffer 4 der Richtlinien zum RWB. Durch diese fortgesetzten Einriffe in die wirtschaftliche Existenz der einzelnen Betriebsratsmitglieder und namentlich gegen den ersten Vorsitzenden O. hofft der RWB. die Wiederherstellung des RWB. die Kameraden würde zu machen. Ihnen ihre Tätigkeit zu berechnen und sie dadurch los zu werden. Bis jetzt hat der Gesamt-Betriebsrat es vermieden, an die Bergarbeiter zu appellieren, aber auf die Dauer können die haarsträubenden Quälereien und Schikanen nicht ertragen werden. Die Verantwortung für die dann eintreffenden Folgen hat der RWB. zu tragen. — Auch beim hiesigen RWB. gegen den Gesamt-Betriebsrat wird natürlich auch ein ständiger Kampf gegen die einzelnen Betriebsräte geführt. So hat man auf Schicht-Prämien dem technischen und auch einem anderen Betriebsrat Schichten gestrichen dem technischen Betriebsrat wurde die tarifliche festgesetzte Gehaltssteigerung mit der Begründung verweigert, er habe sich nicht bemüht, Entschädigungen, die zu Ungunsten des RWB. ausfallen, sich einzuholen für ihn nicht machbar. So hatte das Oberhaupt

entschieden, daß die Verwaltung des RWB. dem Betriebsrat die entfallenden Prämien auslagen zu vergüten habe, aber der RWB. zahlte nicht. Um zu seinem Gelde zu kommen, war der Betriebsrat gezwungen, einen gerichtlichen Zahlungsbefehl gegen die Verwaltung des RWB. zu erwirken. Auf diesen Befehl bemühen sich die Verwaltungen, die Tätigkeit des Betriebsrates zu sabotieren, aber zweifellos hat man nirgendwo über eine so beispiellos schändliche Behandlung zu klagen, wie auf dem RWB.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Teuerungswelle ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren schmerzhaftesten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungsteile der gewaltigen Lastenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird. Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der RWB. hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen. Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen. Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft erlucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotpreiserhöhung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inwärtigen eingetragene Preissteigerung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei. Diese hier erhoffte Preissteigerung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung tritt schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnsteigerungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen unangenehmen Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwidlung der Dinge so zu beeinflussen, daß sie endlich aus dem Teufelskreis herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden. Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnsteigerungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft befindet, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen. Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einzutreten und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Früher und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen sprechen vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen. Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Kommunisten unterschlagen Arbeitergelde.

Aus der Berliner Unterstufungskasse sind 345 000 M. verschwunden. Das Geld ist von den zwei kommunistischen Treuhändern Paul Ederl und Karl Gagen von der Bank abgehoben und zu unbestimmten Zwecken verbraucht worden. Nach dem großen Januarstreik im Jahre 1918 wurde von den Berliner Gewerkschaften eine Untersuchungskommission gebildet, mit der Aufgabe, die Inhabanten und wegen ihrer Ueberzeugung Leidenen samt ihren Angehörigen zu unterstützen. Viel Not und Elend hat diese Kommission schon vor und auch nach der Revolution gekannt. SPD., Kommunisten und USBD. waren an dem Hilfswerk beteiligt. Nun haben die zwei kommunistischen Treuhänder hinter dem Rücken des Treuhändlers Emil Barth (USB.) den obigen Betrag heimlich von der Bank abgehoben und für unbekannte Zwecke verbraucht.

Internationale Rundschau.

Vom Nierenkampf der britischen Bergleute.

Zu dem Bericht über die am 1. bis 3. d. M. im Haag abgehaltene Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses möchten wir ergänzend nachtragen, was Kamerad Gogge über Entstehung und Verlauf des großen Lohnkampfes in Großbritannien mitteilte und dazu kritische Anmerkungen machen. Der britische Bergbau wurde 1918 unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Diese Kriegsmaßregel sollte ihr gesetzliches Ende finden am 31. August 1921. Auf Grund dieses Kriegsgesetzes kontrollierte ein staatliches Amt die Förderung, Verteilung, insbesondere die Ausfuhr der Kohlen, bestimmte Verkaufspreise, die Ausgaben für Arbeiterlöhne und Unternehmerrgewinne. Der über diese Ausgaben hinaus erzielte Gewinn fiel in die Staatskasse (die englische Regierung schränkte also die Unternehmerrgewalt viel stärker ein als die deutsche). Der Arbeiterlohn wurde für sämtliche Kohlereviere einheitlich, unter Mitwirkung der Arbeiter- und Unternehmervertreter, normiert. Mitte 1920 waren die britischen Bergarbeiterlöhne um durchschnittlich 155 Prozent gegen 1914 erhöht worden. Der Gedingehauerlohn betrug 21 Schilling 10 Pence, der Durchschnittslohn aller Arbeiter 16 Schilling 6 Pence. (In Deutschland ist die Lohnsteigerung bedeutend stärker, aber hier sind auch die Lebenskosten entsprechend mehr verteuert worden.) Wo Gruben mit Zuschüssen arbeiteten, bedachte die Regierung aus den eingezogenen Uebergewinnen der anderen Gruben den festgesetzten Betrag. Bis zu Ende des Jahres 1920 konnte die Staatskasse Uebergewinne einbringen, dann trat eine sich immer mehr verstärkende Abflattung der Kohlennachfrage ein, und schließlich sanken die Preise derart, daß die Staatskasse keinen Ueberlohn mehr erhielt, sondern zunehmende Zuschüsse leisten mußte. Da ging die Regierung voran, 6 Monate früher, als im Kriegsgesetz bestimmt ist, die Staatskontrolle aufzuheben. Schon vom 1. April an sollte wieder die kapitalistische Freiwirtschaft herrschen. Die Unternehmer boten nun den Arbeitern neue Lohnsätze an, die ab 1. April bedeutende Lohnsteigerungen, in einzelnen Bezirken sogar bis zu 10 Schilling pro Schicht, darboten. Darauf konnte sich die Bergarbeiterorganisation wegen der noch zu teuren Lebenskosten nicht einlassen. Die während des Monats März geführten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Es wurde immer klarer, daß Regierung und Unternehmer den Kampf für harte Lohnsteigerungen nicht scheuten. Da die Arbeiterorganisation die weitere Staatskontrolle forderte und auf die einheitliche Lohnregelung mit Hilfe eines nationalen Ausgleichsfonds (Brot) bestand, darum in die bezirksweise Lohnfestsetzung nicht einwilligen konnte, schlossen die Unternehmer am 1. April die Betriebe. Damit war eine Absperrung der Arbeiter erfolgt, während die kapitalistische Presse immerfort von einem Streit geschrieben hat. Die Zahl der Absperrten belief sich auf über eine Million. Die anfänglich auch angestellten Notstandsarbeiten wurden auf Beschluß der Bergarbeiterorganisation nach kurzer Frist aufgenommen. In dem Glauben, mit Hilfe der Transport- und Eisenbahner (Dreibund) in wenig Wochen die Absperrung mit Erfolg für die Arbeiter besettigen zu können, unterließ es leider die Führung der britischen Miners-Föderation, die Bergarbeiterinternationale zur Beratung einer internationalen Hilfsaktion einzuberufen. Infolgedessen erhielten die ausländischen Bergarbeiterverbände keine genaue Kenntnis von den Vorgängen. Die britische Miners-Föderation ließ keinen Appell an die ausländischen Bergarbeiter ergehen, immer in der Hoffnung, auch diesen Kampf aus eigener Kraft allein bestehen zu können. Diese Überheblichkeit hat jedoch etwas Impoverisierendes in sich, allein sie überließ doch die Aktivität der internationalen kapitalistischen Solidarität. Zum Unglück konnte der Dreibund keine einheitliche Parole finden; seine gemeinsame Aktion wurde immer wieder verschoben, bis sie schließlich überhaupt nicht mehr zustande kommen konnte. Ferner organisierte die Regierung eine ziemlich große Einfuhr von Kohlen aus Amerika, Frankreich, Belgien, Holland, dem Saargebiet und zweifellos gelang es auch deutsche Reparationskohle nach England. Das Unternehmertum auch Länder wurde, worum es sich in England handelte. Wenn die Weltmengen der Kohlen nur von den britischen Kohlenfeldern abgedeckt werden könnten, so wäre die Einfuhr von Kohlen aus Amerika, Frankreich, Belgien, Holland, dem Saargebiet und zweifellos gelang es auch deutsche Reparationskohle nach England. Das Unternehmertum auch Länder wurde, worum es sich in England handelte. Wenn die Weltmengen der Kohlen nur von den britischen Kohlenfeldern abgedeckt werden könnten, so wäre die Einfuhr von Kohlen aus Amerika, Frankreich, Belgien, Holland, dem Saargebiet und zweifellos gelang es auch deutsche Reparationskohle nach England.

Bedarfs reichte (die Güten, Eisen, Stahl, Maschinen, Schiffbauindustrie usw. kam schließlich fast ganz wegen Kohlenmangel zum Erliegen), so erschwerte diese Einfuhr doch den Bergarbeiterkampf in fühlbarer Weise. Wiederholte Versuche, im Verlaufe des Kampfes die Schiffseute und Hafenarbeiter in England und im Auslande zur Verweigerung der Kohlenlieferungen zu veranlassen, hatten nur vorübergehenden Erfolg, weil die rechtzeitige Vorbereitung für eine solche internationale Arbeiteraktion nicht getroffen war seitens der Nichtbeteiligten. Viel zu sehr herrschte dort die Ueberzeugung vor, in verhältnismäßig kurzer Zeit den Kampf mit Erfolg beenden zu haben. Eine Meinung, die angesichts der entschlossenen kämpfenden Einheitsfront der Bergarbeitermassen nicht ohne Begründung war. Aber auf der anderen Seite stand ein ebenso entschlossener Gegner, dem überdies alle Wirtschaftsmittel des Staates zur Verfügung waren und der um sein Prestige kämpfte. Wiederholte, von dritter Seite eingeleitete Verhandlungsversuche zerfielen sch. Zweimal lehnten die Bergarbeiter trotz ihrer großen wirtschaftlichen Notlage, die nur durch geringe finanzielle Unterstützungen aus den Gewerkschaftsfonds, durch Aufnahme von Geld- und Warenrenten (mocht die Konjunktionsoffensiven hervorgerufen werden konnte, die durchsah unbefriedigenden Angebote der Unternehmer und der Regierung ab mit übermächtigender Majorität. Die Wirkungen der Absperrung auf das britische Wirtschaftsleben wurden immer furchtbarer. Zahlreiche Fabriken etc. mußten den Betrieb einstellen, ganze Industrien kamen zum Stillstand, die Zahl der Arbeitslosen wuchs auf über zwei Millionen hinaus. Je länger der gigantische Kampf dauerte, um so tiefer wurden die Klagen. In der letzten Juniwoche, als der Kampf bald drei Monate dauerte, boten die Unternehmer ein neues Abkommen an. Die Regierung legte sich zurecht ins Mittel und versprach, die früher abgelehnten Zuschüsse bis zu 200 Millionen Schilling pro Monat für die Zeit bis zum 1. September zu zahlen, damit die Lohnabhängigen nicht in der am 1. April beabsichtigten Höhe zu erliegen brauchen. Ein nationales Lohnamt wird errichtet werden, dem mit Hilfe von Revierbehörden die Regulierung der Löhne bei Festsetzung eines Mindestlohnes übertragen wird. In den Lohnämtern sollen Arbeiter- und Unternehmervertreter zu gleichen Teilen wirken mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Bei der Lohnfestsetzung sollen die Lebenskosten als Richtschnur dienen. (Das neue Abkommen ist ein umfangreiches, sozialpolitisch hochinteressantes Dokument. Wir werden es hier abdrucken, sobald uns die genaue Uebersetzung vorliegt.) Von den über die regulären Betriebskosten hinausgehenden Einnahmen für die verkauften Bergwerkserzeugnisse sollen 83 Prozent als Arbeiterlöhne, 17 Prozent als Unternehmerrgewinn Verwendung finden. Angesichts der Gesamtlage empfahl das Exekutivkomitee des Bergarbeiterbundes den Kameraden die Annahme des letzten Abkommens und die Wiederannahme der Arbeit. Sie erfolgte in allen Distrikten geschlossen, wie die Arbeit vor fast drei Monaten geschlossen niedergelegt wurde! Wenn auch das neue Abkommen keinen befriedigenden Erfolg des harten Kampfes darstellt, so ist nun doch der größte Teil der im April beabsichtigten Lohnreduktion verhindert worden. Unternehmer und Regierung hatten sich die für die Arbeiter ungünstigste Zeit zur Eröffnung des Kampfes ausgesucht und die Arbeiter konnten ihm nicht ausweichen. Nicht man das in Betracht, dann ist es eine Unwahrheit, von einer Niederlage der Arbeiter zu reden. Auf beiden Seiten sind sehr schwere Wunden geschlagen. Durch den fast dreimonatigen Stillstand sind viele Grubenbetriebe derart reparaturbedürftig geworden, daß weit über 100 000 Arbeiter zunächst nicht anfahren konnten. Ihre Anfahrtsfahrt erfolgt, wenn die Bause wieder in Ordnung gebracht sind. Ein Mitgliederverlust der Bergarbeiterorganisation ist nicht erfolgt. Die Einheit der britischen Bergarbeiterorganisation ist trotz Unterwühlungsversuchen bestehen geblieben.

Aus Elb-Bohringen.

Die lothringischen Kohlenbesitzer haben den Arbeitervertretern in einer Sitzung zu Jarobach erklärt, am 15. August würden zwei Franc, am 1. September ein Franc, und der Rest der bisher gezahlten Teuerungszulage (4 Franc täglich) ebenfalls kurz darauf in Abzug gebracht. Ob es deswegen zu einer ArbeitsEinstellung kommt, geht aus dem uns bisher vorliegenden Bericht nicht hervor. — Im elbischen Kaliberbau wurde zwischen Werksverwaltungen und Arbeiterorganisation folgende Abmachung getroffen: Der erste 10prozentige Lohnabzug gilt ab 15. Juli. Eine weitere Lohnreduktion um 5 Prozent erfolgt ab 15. September, falls nicht eine 10prozentige Erhöhung der Lebensmittelpreise ab 1. September im Vergleich zu den Preisen vom 1. Juli festgelegt werden sollte. Weiter wurde ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, daß bei einer 10prozentigen Verbilligung der Lebenshaltung eine 10prozentige Lohnverminderung eintritt. Die Arbeitervertreter erklärten der Vereinbarung nur unter der Voraussetzung zustimmen zu können, daß keine Feiertage eingelegt werden. Die Grubenreduktionen machten jedoch geltend, daß auf die Einlegung von 7 Feiertagen pro Monat nicht verzichtet werden könne, andernfalls Arbeiterentlassungen in größerem Umfang erfolgen müßten.

Moskauer Lügenberichte.

Die moskowitzische Presse berichtet über einen „großen Erfolg“ der Roten Gewerkschaftsinternationale in England. Der Verbandstag der Bergarbeiter Südwales habe mit 120 gegen 63 Stimmen den Anschluß an Moskau beschlossen. Die unterlegenen „Amsterdamer“ hätten die „tollsten Vorkämpfer“ gemacht. Natürlich nun freudigster Jubel im Lager Moskaus über den „großen Erfolg“. Beim näheren Zusehen bleibt von dem „großen Erfolg“ nichts übrig. Der südwaleser Bergarbeiterverbandstag hat sich nämlich nicht für Moskau entschieden. Der Anschluß wurde überhaupt nicht beantragt! Beschlüsse sind nur, zur nächsten Jahresversammlung der britischen Bergarbeiterföderation den Antrag zu stellen, über „Amsterdam oder Moskau?“ zu diskutieren. Daraus machte die moskowitzische Phantastie nun einen Beschluß für Moskau. — Um eine ähnliche Falschmeldung handelt es sich auch bei dem Bericht Moskaus über die Niederlage der „Amsterdamer“ bei den französischen Metallarbeitern. Amsterdams hat deren Verbandstag mit 113 gegen 112 Stimmen den Austritt aus der Amsterdamer Internationale beschlossen, aber nicht den Anschluß an Moskau. Unter den französischen Gewerkschaften ist bekanntlich die syndikalistische Abneigung gegen Zentralismus und Verkopplung der Gewerkschaften mit einer politischen Partei stark vertreten. Nun bedeutet aber der Anschluß an Moskau die Anerkennung des Zentralismus in schärfster Form, zudem die bedingungslose Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Diktatur einer parteipolitischen Regierung. Damit sind die Syndikalisten absolut nicht einverstanden. Die Syndikalisten unter den französischen Metallarbeitern sind jedoch auch gegen die Amsterdamer internationale Gewerkschaftszentrale, stimmten daher mit den Moskauern für die Auflösung von Amsterdamer. Die Mehrheit betrug dafür nur eine (1) Stimme. Die Mehrheit gegen den Anschluß an Moskau war aber bedeutend stärker, da, wie gesagt, auch die Syndikalisten mit Moskau nichts zu tun haben wollen. Die Moskauerpresse verschweigt dies ihren Gläubigen. Diese sollen glauben, die französischen Metallarbeiter hätten sich von Amsterdamer nach Moskau gewandt.

Hilfe für Rußland.

Wie aus der Tagespresse bekannt, ist in Rußland auf großen Landstrichen durch Sommerdürre und Brände die Ernte vernichtet. Millionen russischen Volkes sind der Verhungung durch den Hunger preisgegeben. Säu zu kommen schlimme Seuchen, wie Cholera u. a., welche in verschiedenen Gegenden Rußlands verheerend wirken. Rußland ruft alle Kulturländer um Hilfe an. Die deutschen Kommunisten, welche sich als Sachverständiger ihrer russischen Gefangenengenossen und dortigen Notleidenden fühlen, wenden sich in Einladungen an die deutschen Gewerkschaften und Parteien zur gemeinsamen Hilfeleistung für Sowjetrußland. Was davon zu halten ist, zeigt eine sozialistische Versammlung in Bochum, welche von der Unabhängigen-Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einberufen war und sich mit russischen Fragen zu beschäftigen hatte. Dieser Versammlung wurde von den Einberufern eine Entschädigung vorgelegt, wonach sich die Versammlung zur Hilfeleistung für Rußland verpflichten sollte. Die russischen Volksgenossen sollen jedoch die Bekämpfung anders gestimmter Klassenengenossen einleiten und die eingelernten Sozialisten freilassen. Diese Entscheidung wurde von den anwesenden Kommunistenohnen einstimmig abgelehnt. Für uns als freie Gewerkschafter sind die Maßnahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vonangehend, welcher hierzu folgende Beschlüsse gefaßt hat:

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das von Hungergeplagt und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu veranstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Gründen die einer Erörterung hier nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden...

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern...

Proleten und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus...

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem...

Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber unter...

Berlin, den 3. August 1921
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Bergarbeiterstreik in Kaspar.

Die Verhandlungen mit der Direktion der Grube „Domniale...

Australischer Arbeiterkongress für Sozialisierung.

Am 22. bis 26. Juni wurde in Melbourne unter Teilnahme von...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dornmund.

Kühbild zur Knappheitswahl im Ruhrgebiet.

So betitelt sich eine Notiz im „Bergknappen“ vom 6. August 1921...

Wir sehen hieraus, daß auch dort, wo die christlichen Gegner...

Daraus erkennt man so recht, daß die Vorstandsstellen im...

Das wissen auch die christlichen Gewerkschafter, aber wenn sie...

Ein Artikel des Kameraden Sue, der während der Knappheits...

Siedlungsbauten und Sozialpolitik.

Die „Freie Arbeiter-Union“ als getreuer Stab der deutschen...

Über, um nun auch die Sache im Ernst zu behandeln: Kann ein...

Sollen wir statt der kleinen Häuschen mit Garten vielleicht Mietkasernen...

Nein, nein, lieber Leser, die Sache hat einen anderen Galen. Aus...

Und noch einen Galen entdecken wir. Die ersten paar tausend Siedlungs...

Gelsenkirchen - Moskau. Mülltransport im Güterwagen.

Unsere teilweise Veröffentlichung des Moskauer Aufruhrs an die...

Schlammel.

Wir stellen Forderungen, von deren Umdurchführbarkeit wir...

Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein. Wir...

Also, immer feste Druff! Mülltransport quatschen, Forderungen stellen...

Unionisten - Christen - „Generalanzeiger“.

Schon vor einigen Wochen haben die Kameraden der Bege Hugo...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Wichtig der Bewegung im Ruhrgebiet.

Der Streik der Angestellten im hiesigen Revier ist am Samstag...

unionistischen-syndikalistischen Zersplitterer wurde nach noch in einer...

Die Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner des...

Unsere Mitglieder haben auf Grund dieser Beschlüsse gehandelt...

Sollte der Bergarbeiterverband während des Kampfes der Ange...

Süddeutschland.

Christliche Kampfeswelle.

Auf unsere Richtungsstellung über den in der Schlichtung im Ober...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die...

An die Zahlheftenlieferer.

Schon zu wiederholten Malen haben wir in der Zeitung und in...

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu...

Stadde I. Vom 15. bis 30. August.
Bergshofen. Vom 21. bis 30. August.
Gorkhausen. Vom 15. August bis 15. September.

Krankheitenunterstützungs-Ausschüttung.

Entschloffen. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, von...

Adressenveränderungen.

Gelsenkirchen 9. Der Kassierer Aug. Brojezki wohnt Dittlenstr. 16.

Das Protokoll der 23. Generalversammlung ist erschienen.
Bestellungen auf dasselbe werden entgegen genommen von den Bezirks- und...

Vielfachem Wunsch entsprechend haben wir Geldkasten be-

Neuester stabiles Format:
Länge 35 cm, Breite 25 1/2 cm, Höhe 14 1/2 cm: Preis 275 Mk.
Länge 29 cm, Breite 22 cm, Höhe 12 cm: Preis 250 Mk.

Etwas leichteres Format:
Länge 30 cm, Breite 20 cm, Höhe 9 1/2 cm: Preis 150 Mk.
Länge 23 cm, Breite 18 cm, Höhe 9 1/2 cm: Preis 115 Mk.

Zu Selbstkosten werden wir ab: Zeitungstaschen, Leder, 80 Mk.
Zeitungstaschen, grau, Segelisch, 26 Mk.
Zeitungstaschen, braun,